

## **Beschluss des Landrats vom 14.01.2021**

Nr. 733

### **21. Erreichen wir die Migranten in der Corona-Krise?** 2020/651; Protokoll: ama

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, dass eine schriftliche Antwort des Regierungsrats vorliege.

**Hanspeter Weibel** (SVP) wünscht im Namen der SVP-Fraktion die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stattgegeben.

**Hanspeter Weibel** (SVP) stellt fest, dass ein das Thema Corona leider nicht so schnell loslasse. Er dankt dem Regierungsrat für seine Antworten, welche auch zwischen den Zeilen erkennen lassen, dass er die Problematik im Grundsatz erkannt und sich auch dazu bereit erklärt habe, die notwendigen Informationen zielgruppenspezifisch in den entsprechenden Sprachen verteilen zu lassen. Der Regierungsrat ist auch bereit, anonymisierte Auswertungen vorzunehmen. Der Verweis in der Antwort auf sozioökonomische Faktoren ist nicht neu, allerdings fehlen Erkenntnisse zum soziokulturellen Umfeld der an Corona erkrankten Personen. Menschen mit Migrationshintergrund leben teilweise in anderen Familienstrukturen und pflegen engere Verbindungen zu Verwandten und über die Generationen hinweg. Die Problematik der Reiserückkehrer wurde am 26. November 2020 im Beisein von Bundesrat Alain Berset angesprochen und es wurden entsprechende Vorstösse in die GDK eingebracht.

Der Hintergrund der vorliegenden Interpellation war, dass in den Spitälern überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund wegen Corona behandelt werden mussten. Dies wird vom Regierungsrat nicht bestritten, im Gegenteil: In der Fragestunde vom 3. Dezember 2020 wurde dieser Sachverhalt bestätigt. Ein Chefarzt bestätigte im Rahmen des Bundesratsbesuchs ebenfalls, dass rund 70 % der an Corona erkrankten Personen einen Migrationshintergrund aufweisen. Auch zehn Monate nach Ausbruch der Pandemie tappt man weitgehend im Dunkeln, was die Infektions- und Ansteckungswege betrifft. Die Datenlage ist diffus und es sind keine Massnahmen in Sicht, wie dieses Datenmanko behoben werden könnte. Weiterhin findet eine Konzentration auf Massnahmen statt, deren Kausalität und Wirksamkeit weder belegt sind noch festgestellt werden können. Zu Recht werden diese daher angezweifelt, weil damit verbunden auch immense Schäden für die Wirtschaft verbunden sind.

Die Kantone, insbesondere auch Basel-Landschaft, haben laut Hanspeter Weibel erheblich besser agiert, als medial dargestellt. Trotzdem vermisst er bis anhin einige wichtige Aspekte. Zur Datenerfassung: In einer Pandemielage, in welcher Daten zur Bekämpfung grundlegend wichtig sind, darf der Datenschutz nicht höher als der Gesundheitsschutz gewichtet werden. Sowohl bei den Tests als auch bei den Spitaleinweisungen müssen alle relevanten Daten lückenlos erfasst werden. Bisher werden nicht einmal Mehrfachtests erfasst, Personen also, welche sich aus beruflichen oder persönlichen Gründen regelmässig testen lassen müssen. Auch müssten die Gründe für Mehrfachtests festgehalten werden. Weiter erwähnt Hanspeter Weibel, dass die Covid-App Millionen kostete, letztlich aber nutzlos ist.

Zu den Tests: Es existiert eine definierbare Gruppe von Personen mit erhöhtem Risiko. Diese gilt es primär zu schützen. Die Impfstrategie des Bundes sieht deshalb auch vor, diese Personen in erster Priorität zu impfen. Es ist nicht akzeptabel, dass in Institutionen, welche solche Personen regelmässig kontaktieren und betreuen, das Personal darüber entscheiden kann, ob es getestet werden will oder nicht. Es ist unverantwortlich, wenn nicht erkannte Vireenträgerinnen und -träger

dort arbeiten. Offensichtlich wurden die bestehenden Schutzkonzepte in einigen Institutionen wie Altersheimen nicht umgesetzt. In Muttenz weist beispielsweise eines der beiden Altersheime hohe Corona-Fallzahlen aus, während im anderen bisher keine Fälle registriert wurden.

Und schliesslich noch zu den Rück- und Einreisen: Trotz der entsprechenden Hinweise bereits im November 2020 hat der zuständige Bundesrat nicht gehandelt. Am Euroairport (EAP) werden Einreisende bereits seit Dezember 2020 getestet, dies unter der Voraussetzung, dass sie nach Deutschland oder Frankreich einreisen. Wer in die Schweiz einreist, wird hingegen nicht getestet. Wer den Test bei der Einreise nach Deutschland oder Frankreich umgehen will, reist also testlos in die Schweiz ein und reist über den Landweg ebenfalls testlos ins Zielland weiter. Nach Darstellung des Flughafendirektors Matthias Suhr führen die Nicht-Tests bei einer Einreise in die Schweiz zu einem erhöhten Triage-Aufwand. Obwohl dem BAG diese Problematik bewusst ist, wurde bisher nichts unternommen. Vor Weihnachten reisten nach Aussage des EAP über 18'000 Personen allein Richtung Balkan/Türkei von Basel ab. Es ist davon auszugehen, dass diese Personen nach Weihnachten auch wieder zurückkehrten. Man darf sich nicht wundern, wenn nun eine nächste Coronawelle befürchtet wird.

Im Zusammenhang mit der vorliegenden Interpellation ist es sehr schwierig, Political Correctness zu wahren. Diese werde letztlich auch höher gewertet als die Suche nach Gründen und Ursachen für die Virusverbreitung. Es wäre aber wichtig zu wissen, weshalb ein Bevölkerungsanteil stark auffällt bei der Bettenbelegung im Spital. Neben den sozioökonomischen Faktoren, welche weitgehend nationalitätsunabhängig sind, bestehen eben auch soziokulturelle Eigenheiten, deren Hinterfragung möglicherweise erhellend sein kann. Der Regierungsrat wird daher gebeten, diesen Fragen und Daten nachzugehen, denn es ist wichtig, die Hintergründe und Zusammenhänge bei der Verbreitung des Virus zu erkennen.

**Roman Brunner** (SP) zeigt sich erfreut darüber, dass der Regierungsrat die notwendigen Informationen zur Eindämmung der Corona-Pandemie nun in noch mehr Sprachen zur Verfügung stellen wird, um so möglichst viele Menschen zu erreichen. Dies ist sehr wichtig. Unrecht hat Hanspeter Weibel in Bezug auf sein Anliegen, dass Geburtsort, Muttersprache oder Aufenthaltsstatus von positiv getesteten Menschen oder bei Spitaleintritten erfasst werden sollten. Pauschalisierungen sind unzulässig und nicht zielführend, dies hält auch der Regierungsrat in seiner Antwort fest. Im von Hanspeter Weibel zitierten BZ-Artikel zu den Altersheimen in Muttenz steht auch, dass die unterschiedlichen Ansteckungszahlen nicht erklärbar seien und tiefe Zahlen wohl eher auf Glück zurückzuführen seien. Auch gilt es zu beachten, dass der sozioökonomische Status nicht nationalunabhängig ist. Menschen mit Migrationshintergrund weisen oftmals einen im Schnitt eher tieferen sozioökonomischen Status auf.

Regierungspräsident **Anton Lauber** (CVP) erklärt, dass diese Fragen den Regierungsrat seit Beginn der Pandemie ebenfalls beschäftigten. Über allem steht stets die Political Correctness, was eine Diskussion nicht immer einfach macht. Bei allen Massnahmen gilt: Die Infektionswege sind noch nicht vollständig geklärt und unklar ist nach wie vor, welche Massnahmen wirksam sind. Immer wieder findet daher auch ein Ausspielen zwischen den einzelnen Massnahmen statt. Es ist schwierig, diese Zielkonflikte zu lösen. Man macht zurzeit einfach das Beste aus der Situation und es gilt, eine gewisse Toleranz zu üben. Nicht alle Fragen können heute schon wissenschaftlich fundiert beantwortet werden.

Selbstverständlich bestehen viele Datenschutzfragen bei der Erfassung von Personendaten im Zusammenhang mit möglichen Corona-Ansteckungen. Political Correctness darf nicht so weit gehen, dass gewisse Fragen gar nicht gestellt werden, sie darf aber auch nicht zu Anschuldigungen führen. Richtig wäre es, sich nun Zeit zu lassen und später mit mehr wissenschaftlichem Hintergrund die bis dahin gesammelten Zahlen, Daten und Fakten aufzuarbeiten. In seinen Stellungnahmen an den Bund forderte der Regierungsrat schon immer, Schnelltests vorab an den Flughä-

fen durchzuführen. Vieles wird schliesslich durch die normative Kraft des Faktischen geregelt werden.

Dass Risikogruppen priorisiert geimpft werden, liegt auch im Interesse des Regierungsrats. Die Regierung versucht stets, möglichst unterschiedliche Aspekte einer Problemstellung zu berücksichtigen und daraus den besten Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

**Christina Jeanneret-Gris** (FDP) bestätigt: Man ist nicht sattelfest und die Situation ist volatil. Klar ist, dass der Verlauf der Pandemie ganz klar auf Restaurantschliessungen und die Massnahmen in den letzten beiden Wochen reagiert hat. Die Fallzahl konnte in unserem Kanton von täglich rund 200 auf unter 50 gesenkt werden. Ganz daneben können die ergriffenen Massnahmen also nicht sein. Es ist denkbar, dass Restaurants eine tragende Rolle in der Verbreitung des Virus spielen, weil dort die Masken ausgezogen werden und sich das Virus über Aerosole verbreiten kann. Zu Beginn lagen tatsächlich viele Patientinnen und Patienten mit «fremdländisch tönenden» Namen in den Spitälern, dieser Trend hat sich jedoch geändert. Aktuell sind es vor allem ältere Personen mit Schweizer Namen. Offenbar haben die bisherigen Massnahmen des Regierungsrats etwas gebracht.

Die von ihren Vorrednern thematisierten Flüge führten nicht zu erhöhten Fallzahlen. Im Prinzip sind im Moment vor allem ausländische Personen aus Grossbritannien und Südafrika das Problem, aber da ist man leider bereits zu spät. Das Testen an der Grenze hätte schon vor einem Monat stattfinden müssen.

Schliesslich erklärt Christina Jeanneret-Gris, dass wer vor einigen Monaten positiv auf das Coronavirus getestet wurde, aufgrund von Rest-RNA im Rachen weiterhin positiv getestet würde, auch wenn er oder sie nicht mehr ansteckend sei. Das Testen an der Grenze ist angesichts dieser Tatsache also nicht einfach. Zudem bieten Schnelltest keine hundertprozentige Sicherheit. Last but not least liegen Regelungen für Tests an der Grenze in der Kompetenz des Bundes.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---